

Die Baupläne für die Wiese am Köllerweg sind endgültig vom Tisch

## Unverhältnismäßiger Aufwand



Die Wiese am Köllerweg wird nicht zum Baugebiet. (Ralf Krieger)

VON BERT-CHRISTOPH GERHARDS

Umstritten war das Vorhaben, die Hangwiese in Bergisch Neukirchen oberhalb des Radwegs Balkantrasse zu bebauen, von Anfang an. Der konsequente Widerspruch einiger Umweltschützer hat nun dazu geführt, dass die Stadt Leverkusen das Bebauungsplanverfahren Am Köllerweg einstellt: Die Wiese wird nicht bebaut.

Fünf bis sechs Einfamilienhäuser sollten auf dem etwa zehn Hektar großen Gelände über dem Ölbachtal mit Blick ins Grüne gebaut werden, das der Bayer-Immobilientochter Bayer Real Estate gehört. CDU, SPD und Grüne hatten zunächst für diese Planung gestimmt, Opladen plus und Klimaliste hielten dagegen.

Im Laufe des Verfahrens stellte sich dann heraus, dass der angebliche Lückenschluss in der Bebauung so unproblematisch nicht sei, gerade in Bezug auf die angrenzende Grünzone. Nun hat die Stadtverwaltung selbst die Verfahrenseinstellung angeregt, denn: „Das vorliegende Bauleitplanverfahren weist bereits jetzt eine Unverhältnismäßigkeit von Aufwand zum Endergebnis auf. Es

wird daher empfohlen, das Verfahren einzustellen und den Aufstellungsbeschluss aufzuheben.“

Dem folgte der Planungsausschuss nun bei einer Gegenstimme von der FDP. Was Benedikt Rees (Klimaliste) als einen „guten Tag für Umwelt“ feierte. Die Bauverwaltung habe zu Recht Schiffbruch erlitten. Was Baudezernentin Andrea Deppe nicht hinnehmen wollte: „Wir haben diesen Konflikt schon souverän gelöst. In einem solchen Verfahren sind alle Belange nach den jeweiligen Gegebenheiten zu berücksichtigen und abzuwägen, da spielt der Klimaschutz nicht die erste und alleinige Rolle.“

### **Umweltaspekte früher prüfen**

Ausschussvorsitzender Frank Schönberger (CDU) bedauerte den fruchtlosen Arbeitsaufwand: „Da wird viel Arbeit an guten Projekten geleistet, die dann in die Tonne gehen. Das können wir uns nicht leisten.“

Roswitha Arnold (Grüne) wünschte sich fortan eine frühere Prüfung der Umweltauswirkungen vor dem Start der Bauleitplanung. „Wir müssen auch mal beachten, was wir der Bauverwaltung noch zumuten können.“

Die bei der Stadtverwaltung seit kurzem praktizierten Starter-Gespräche, die solche Probleme vor Verfahrensbeginn aufzeigen sollen, könnten dazu ein taugliches Mittel sei, so Ina Biermann-Tannenberger (CDU). Dabei lasse sich in Zukunft einiges aus dem Weg räumen. Wenn ein Verfahren nach dem Motto „Außer Spesen nix gewesen“ ende, demotiviere dies nur die Mitarbeiter der Verwaltung.